

Inhalt

Koalition legt Hochschulen Fesseln an	1
4. Kinderrechteempfang im Landtag	
Editorial	2
Erinnern, aber richtig!	3
Klimakongress Wohlstand = Wachstum?	4/5
Höchste Zeit für eine neue Pflegepolitik	6
Umsteigen bitte!	
Sachsen bleibt Nazi-Hochburg	7
Pokern um Brüssels Billionen	
Alle Jahre wieder ...	
Termine	8
Umweltsauerei des Monats: Rette sich, wer kann!	
Impressum	



Weitere Informationen

Die Ausschreibungsunterlagen stehen ab Januar 2013 auf der Homepage www.kinderrechtspreis.de zum Download bzw. können unter gribs@kinderrechtspreis.de angefordert werden. Die Preisverleihung erfolgt am Welttag der Kinderrechte im November 2013.

Koalition legt Hochschulen Fesseln an

Es war im Jahr 2010 als Wissenschaftsministerin Sabine von Schorlemer die Modernisierung des sächsischen Hochschulgesetzes ankündigte. Das 2008 verabschiedete Gesetz war noch jung, aber die Entwicklung weitergegangen. Nicht alle Regelungen hatten sich bewährt, zudem gab es eine neue politische Mehrheit.

Was schließlich in diesem Jahr das Licht der Welt erblickte, war jedoch nicht, wie angekündigt, eine „kleine Novelle“. Es sollte der ganz große Wurf werden: ein HochschulFREIHEITSGesetz. CDU und FDP hatten damit zunächst hohe Erwartungen bei den Hochschulen geweckt. Statt kleinteiliger Vorschriften wünschte man sich seit Langem mehr Freiheit bei der internen Organisation, dem Personaleinsatz oder der Verwendung der Finanzen. Leider folgte die CDU/FDP-Koalition dieser Begriffsdefinition nicht.

Es gibt zwar durchaus wünschenswerte Neuerungen, wie einen erleichterten Hochschulzugang, eine bessere Anerkennungspraxis für Studienleistungen, die z.B. im Ausland erbracht wurden, und den erweiterten Zugang zum Masterstudium für Absolventen der Berufsakademie. Doch ins-



4. Kinderrechteempfang im Landtag – neue Preisausschreibung GRIBS startet

Zum 4. Kinderrechteempfang der GRÜNEN-Fraktion am 20. November wurden fünf Schülerräte aus Sachsen für ihr Engagement geehrt. Stellvertretend berichtete Johanna Luther, Sprecherin des Kreisschülerrates, wie andauernder Lehrermangel und Stundenausfall die Schülerschaft im vergangenen Jahr politisiert und kreativen Protest hervorgebracht hatten.

Der Empfang war zugleich Auftakt für die zweite Ausschreibungsrunde des grünen Kinderrechtspreises GRIBS – „GrundRechte - Interesse - Beteiligung - Schutz“. Er richtet sich dieses Mal an Jugendliche von 12 bis 18 Jahren. In erster Linie sollen Gruppen oder Einzelpersonen gewürdigt werden, die eine Aktion oder ein Projekt zum Thema Kinderrechte umgesetzt haben bzw. gerade umsetzen.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Jahresabschluss naht mit großen Schritten, Bilanz ziehen, hat Hochkonjunktur. Da will die saxGRÜN-Redaktion natürlich mitmachen und legt ihr persönliches Best-of vor.

1. Betrug des Jahres: Die Novelle des Hochschulgesetzes. Die große Freiheit hatten CDU und FDP versprochen, herausgekommen ist eine echt sächsische Knute, mit der die Regierung die Hochschulen maßregeln kann.

2. Bluff des Jahres: Seit die Koalition den Rechtsextremismus nicht mehr ignorieren kann, kleistert sie ihn zu. Die Parole heißt: NPD-Verbot. Offenbar denkt Sachsen-Chef Tillich, wenn ihm keine NPDler mehr auf die Regierungsbank gucken, sei der unerhebliche Rest an Neonazis auch verschwunden. Schlau wie CDU und FDP sind, haben sie den nervigen Anti-Rechts-Initiativen gleich die Zuschüsse gekürzt und auf unterfinanzierte Jugendprojekte verteilt. Da macht einem keiner mehr das Bild vom Sachsenlande kaputt, ein paar Wahlversprechen sind eingelöst und das alles zum Nulltarif.

3. List des Jahres: Weil durch die stärkere Nutzung von Bus, Bahn und Rad das Auto ins Hintertreffen geraten und mehr Menschen als ein paar Grüne die hohen Ausgaben für Straßenneubau infrage stellen könnten, hatte Verkehrsminister Morlok einen besonders ausgefuchsten Einfall. Er kürzt das Geld für den ÖPNV so zusammen, dass nur noch Hartgesottene den kilometerlangen Weg zur nächsten Haltestelle wagen, um mit überalterten und überbezahlten Fahrgelegenheiten eventuell ans Ziel zu kommen. Wer auf Adrenalin steht, kann sich mit dem Rad zwischen rasende Autofahrer quetschen.

4. Trick des Jahres: Weil der vermaledeite Klimawandel doch keinen Bogen um Sachsen macht, haben die Strategen der Staatsregierung einen Plan erarbeitet, wie man diesem ganzen Klimaschutzschmus ein Schnippchen schlagen könnte. Und, tata, das Engagement der Werbefirma Zastrow & Zastrow als Koalitionspartner zahlte sich aus. Flugs das Etikett getauscht, die Braunkohle vom Buhmann zur Brückentechnologie gemacht und fertig ist die neue Klimaschutzkoalition aus FDP und CDU.



Aber, wir wollen nicht nur meckern, es gab ja auch Schönes:

5. Kunstgriff des Jahres: Das Gedenkstättengesetz. Eine im Sächsischen Landtag seltene Gunst der Stunde ermöglichte dieses Gesetzeswerk von GRÜNEN, CDU, SPD und FDP. Die Arbeit der Gedenkstättenstiftung hat damit theoretisch wieder eine Basis, wenn da nur die praktische Haushaltsarbeit nicht wäre. Ein Lieblingsprojekt kriegt Geld, die anderen sind Neese und wir wieder beim Ausgangspunkt. Schöne Weihnachten!

Anne Vetter, stellv. Pressesprecherin
anne.vetter@slt.sachsen.de

gesamt betrachtet, werden die Hochschulen stärker an die Leine gelegt als bisher.

Augenfällig ist dies bei den Zielvereinbarungen, mit denen sich Hochschulen und Wissenschaftsministerium auf gemeinsame Vorgaben wie Profilbildung, Qualitätssicherung, Immatrikulations- und Absolventenzahlen einigen sollen. Bei Nichteinigung kann das Ministerium die Ziele einseitig festlegen. Das fällt per grüner Definition nicht unter „Verhandlungen von gleichberechtigten Partnern auf Augenhöhe“, sondern unter „Farce“. Die Hochschulen haben lediglich die Freiheit, zu den Vorgaben des Ministeriums „Ja und Amen“ zu sagen.

Aber auch die Studierenden wurden von der Koalition mit vielen Freiheitsideen bedacht: Langzeitstudiengebühren, keine Freiversuche und, als besonderes Schmankerl, die Schwächung ihrer Interessenvertretungen.

Während in ganz Deutschland der Irrweg der Studiengebühren verlassen wird, sollen die als „Bummelstudenten“ Diffamierten in Sachsen ab dem 5. Semester über der Regelstudienzeit mit 500 Euro zur Kasse gebeten

werden. In der großen Mehrheit trifft das Studierende, die länger brauchen, weil sie arbeiten müssen, gesundheitliche Probleme haben, ein Kind betreuen oder schlicht und ergreifend nicht in die überfüllten Seminare hineinkommen. Als Vorwand dient CDU und FDP die „Entlastung der Steuerzahler“. Aber welche zusätzlichen Kosten verursachen diese Studierenden? Verbilligtes Mensaessen und Semesterticket zahlen sie selbst, BAföG gibt es nur für die Dauer der Regelstudienzeit und Lehrveranstaltungen finden auch ohne sie statt.

Ganz und gar böse ist, dass gleichzeitig der Anreiz des Freiversuchs abgeschafft wird. Legte ein Studierender vor dem Ende der Regelstudienzeit seine Abschlussprüfung ab, wurde dies bisher mit einem extra Versuch oder der Möglichkeit, sich zu verbessern, honoriert. Verzögerungen durch Prüfungsangst konnten so wirksam eingeschränkt werden.

Ein Tiefpunkt im Freiheitsverständnis von CDU und FDP ist schließlich der Versuch, die verfasste Studierendenschaft durch ein Austrittsrecht auszuhöhlen und die Fachschafts-

und Studentenräte zu schwächen. Für einen niedrigen einstelligen Beitrag im Semester erhält jeder Studierende bisher neben einer starken Interessenvertretung ein breites Beratungsangebot. Vielerorts handeln die Studentenräte darüber hinaus vergünstigte Semestertickets mit den Verkehrsbetrieben aus, ein nicht zu überschätzender Beitrag zu umweltfreundlicher und sozialverträglicher Mobilität. All dies wird durch die geplante Abkehr vom Solidarprinzip gefährdet.

Für wen tut die Koalition das? Die Antwort ist so banal wie erschreckend: für den CDU-nahen Ring Christlich Demokratischer Studenten, der sich bei freien Wahlen zu den Studentenräten nicht durchsetzen kann und deshalb deren Abschaffung betreibt. Dafür wurden die Proteste der Landesrektorenkonferenz, der Rektorate von TU Dresden und TU Freiberg, der Studentenwerke sowie der sächsischen Studentenvorfahren vom Tisch gewischt.

Das ist keine Freiheitspolitik, sondern reine Klientelpolitik. Das Hochschulgesetz steht für uns deshalb weit oben auf der Liste „Nach der Wahl dringend zu ändern“.

Erinnern, aber richtig!?

Sachsen hat ein neues Gedenkstättengesetz, doch der Konsens ist schon wieder bedroht

Wie sieht eine angemessene Kultur der Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der jüngeren deutschen Geschichte aus?

Jahrelang hatte in Sachsen ein erbitterter Streit um diese Frage getobt, der vor fast zehn Jahren mit der Verabschiedung eines Gesetzes über die Arbeit der sächsischen Gedenkstättenstiftung begonnen hatte. Das mit CDU-Mehrheit beschlossene Gesetz leiste einer Relativierung von NS-Verbrechen Vorschub und schließe eine gleichberechtigte Interessenvertretung der Opfergruppen aus, so der Vorwurf. In der Folge verließen der Zentralrat der Juden sowie andere NS-Opferverbände im Jahr 2004 die Stiftungsgremien, ein Schritt, der bundesweit Aufsehen erregte. Diese beschämende Phase der sächsischen Gedenkstättenpolitik fand im Oktober 2012 mit der Neufassung des Gedenkstättengesetzes ein Ende.

Grundlage für den Gesetzentwurf bildeten die Ergebnisse eines Konsultationsprozesses, der zwischen den Opfergruppen und Aufarbeitungsinitiativen stattgefunden hatte. In diesem Prozess war es gelungen, durch den Streit entstandene Gräben zuzuschütten und neues Vertrauen für die Arbeit aufzubauen. Dieses Verfahren fand seine angemessene parlamentarische Fortsetzung: Der mühsam erarbeitete und zerbrechliche Konsens wurde in Form eines interfraktionellen Gesetzentwurfs von GRÜNEN, CDU, FDP und SPD in den Landtag eingebracht.

Die GRÜNE-Fraktion verzichtete dafür auf ihren eigenen Gesetzentwurf, mit dem sie bereits im Sommer 2011 die öffentliche Diskussion angeregt und die Gesetzgebung forciert hatte.

Die Neufassung des Gesetzes enthält die wichtigsten von uns geforderten Änderungen. Insbesondere werden die kategorialen Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus sowie den Verbrechen in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR benannt und die Singularität des Holocaust herausgestellt. Darüber hinaus wird der Bildungsauftrag klar formuliert und die Reihe der zu fördernden Einrichtungen erweitert. Dadurch kann die Arbeit der Zwangsarbeitergedenkstätte Leipzig und des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau endlich auf eine solide Basis gestellt und die lange geforderte Einrichtung einer Gedenkstätte in Hoheneck und dem frühen KZ Sachsenburg in die Wege geleitet werden.

Die GRÜNE-Fraktion hat jedoch bereits frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass allein eine Novellierung des Gesetzes nicht ausreicht. Notwendig sind die konstruktive Umsetzung innerhalb der Stiftung und eine entsprechende finanzielle Ausstattung. Genau hier droht der labile Konsens zwischen den Fraktionen wieder aufzubrechen: In den Haushaltsberatungen lehnte die CDU/FDP-Koalition unseren Antrag ab, die Stiftungsmittel um 300.000 Euro zu erhöhen, damit die im Gesetz genannten Einrichtungen, aber auch weitere wie die entstehende Gedenkstätte Chemnitz-Kaß-

berg, angemessen gefördert werden können. Ebenso erging es ähnlichen Anträgen von SPD und LINKE. Stattdessen wird wieder einseitige Erinnerungspolitik gemacht: CDU- und FDP-Fraktion versuchen, mit zusätzlichen Mitteln ausschließlich die Errichtung eines Gedenkortes MfS-Untersuchungshaftanstalt Chemnitz-Kaßberg zu finanzieren. Der Schluss liegt nahe, dass beide Fraktionen entgegen allen Hoffnungen nichts aus dem Streit der vergangenen Jahre gelernt haben.

Die sächsischen Gedenkstätten sollen eben nicht nur der Erinnerung dienen, die politisch gerade en vogue ist. Durch ihren direkten Zugang zur Vergangenheit ist es ihre „Aufgabe“ mit der Geschichte des jeweiligen Ortes sowohl die Auseinandersetzung mit den Verbrechen zur Zeit des Nationalsozialismus als auch während der sowjetischen Militäradministration und der SED-Diktatur zu fördern. So werden Besucher angeregt, sich mit den Auswirkungen menschlichen Verhaltens – Ignoranz, Duldung, Mittun, aber auch Widerstand – und der persönlichen Verantwortung für eine demokratische Gesellschaft zu befassen.

Weitere Informationen

Gesetz zur Änderung des Sächsischen Gedenkstättengesetzes (Drs. 5/8625):

gruene-fraktion-sachsen.de/ed23f32b.l



Gedenkstätte Geschlossener
Jugendwerkhof Torgau

Wohlstand = Wachstum?

6. Sächsischer Klimakongress

Mit dem diesjährigen Motto „Wohlstand = Wachstum?“ hatte die GRÜNE-Fraktion einen Nerv getroffen. Rund 320 Gäste kamen Anfang Dezember zum alljährlichen Klimakongress, um diese für den Klimaschutz zentrale Frage zu diskutieren. Die Antworten changierten zwischen pragmatischen Lösungen und radikalem Systemwechsel. Die Positionen von Prof. Martin Jänicke und Prof. Niko Paech zeigen die Spannweite, der Vorschlag für ein Klimaschutzgesetz eine mögliche Umsetzung.

Berichte und Videos vom Kongress: www.wir-sind-klima.de

Sind Umweltstaatsziele und Klimaschutzgesetze auf Landesebene sinnvoll?

Derzeit ist Sachsen mit einem Ausstoß von gut 60 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr und einem daraus resultierenden Pro-Kopf-Anteil von ca. 14 Tonnen eines der Bundesländer mit den höchsten Treibhausgasemissionen.

Obwohl die Braunkohleverstromung in Großkraftwerken wie Boxberg, Lippendorf und Chemnitz weit über die Hälfte bzw. rund 33 Millionen Tonnen der sächsischen Treibhausgasemissionen verursacht, wollen die CDU/FDP-Koalition und die Staatsregierung langfristig an dieser klimaschädlichsten Form der Stromerzeugung festhalten. Wie der Landesentwicklungsplanentwurf zeigt, sind weite Teile der Region Leipzig, der nördlichen Oberlausitz sowie des Raumes Görlitz und Zittau als Braunkohlegebiete ausgewiesen. Darüber hinaus ist als Ziel unter 4.2.3.1 aufgeführt, dass „die landesweit bedeutsamen Braunkohlelagerstätten in den Tagebaubereichen Vereinigtes Schleenhain, Nochten/Wochozy und Reichwalde/Rychwald sowie der sächsische Teil des Tagebaus Welzow-Süd (...) durch Festlegung von Vorranggebieten für den Braunkohleabbau zu sichern“ sind.

Außerdem bereitet die Staatsregierung die raumordnerische Rechtfertigung weiterer neuer Tagebaue vor. So wurde im Entwurfsstand des Landesentwicklungsplans vom 25. September 2012 folgender Satz in die Begründung eingefügt: „Auf Grund neuer landesweiter Erfordernisse kann es notwendig

werden, zusätzliche Braunkohlelagerstätten, die sich für eine stoffliche Veredelung und/oder energetische Nutzung eignen, zu sichern.“

So kann die Verminderung der Treibhausgasemissionen nicht erreicht werden.

Wenn wir das Klima wirksam schützen wollen, müssen wir mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien auf Kosten der fossilen Energieträger ernst machen. Prof. Felix Ekardt (Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik Leipzig) leitet aus den deutschen, europäischen und internationalen Menschenrechten eine Pflicht zu massiv reduzierten Treibhausgasemissionen sowie eine globale Pro-Kopf-Emissionsgleichverteilung ab. Johannes Lichdi, energiepolitischer Sprecher der GRÜNEN-Landtagsfraktion, hat ein Diskussionspapier vorgelegt, in dem er nach dem Vorbild von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ein sächsisches Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Klimaschutzzielen fordert. Im Landesplanungsgesetz müssten dafür die Grundentscheidungen getroffen werden, indem feste Emissionsziele gesetzt, das Verbot neuer Tagebaue sowie das Auslaufen des Braunkohletagebaus und der Kohleverstromung geregelt werden. Der Landesentwicklungsplan soll Rahmenbedingungen für den landschafts- und naturverträg-

lichen Ausbau der Windenergie setzen. In einem öffentlich erarbeiteten Klimaschutzplan würden für die einzelnen Emissionssektoren Teilziele und Maßnahmen festgelegt. Nicht zuletzt nimmt die Staatsregierung ihre Vorbildfunktion ernst und schafft eine klimaneutrale Landesverwaltung. Ein solches Gesetz hat Grenzen. Durch regionale Klimaschutzgesetze allein können die Defizite der globalen Klimapolitik nicht behoben werden, ist Felix Ekardt überzeugt. Das wesentliche politisch-rechtliche Instrument für den europäischen und globalen Klimaschutz wären Emissionsgrenzen für alle Lebensbereiche und die Ausweitung des Emissionshandels auf Verkehr, Wärme und Landwirtschaft. Die EU müsste vorangehen. Durch entsprechende Ökozölle könnten Emissionsverlagerungen ins außereuropäische Ausland vermieden werden.

Weitere Informationen

Eckpunkte für ein sächsisches Klimaschutzgesetz:

gruene-fraktion-sachsen.de/182bcaaf.1



Hilft „Grünes Wachstum“ beim Klimaschutz?

Zwei Positionen

Prof. Martin Jänicke, FU Berlin, Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ im Bundestag

Frage: Warum ist Nullwachstum für den Klimaschutz keine Lösung?

Jaenicke: Wir haben in Deutschland seit einem Jahrzehnt nur noch ein Durchschnittswachstum von rund einem Prozent und sind damit gar nicht mehr weit von einer Postwachstumsgesellschaft entfernt. Es stellt sich daher massiv die Kosten-Nutzen-Frage: Wollen wir weiter enorm viel Geld verwenden, um ein Prozent Wachstum zu erreichen, oder sollten wir das Geld nicht besser dafür einsetzen, die einhundert Prozent des gesamten Produktionsapparates zu verändern? Für einen erfolgreichen Klimaschutz müssen wir über das gesamte Produktions- und Konsumsystem sprechen. Da brauchen wir kein Null-

wachstum, weil wir dann auf der Stelle treten, sondern radikales Wachstum bei erneuerbaren Energien und effizienten Technologien sowie eine radikale Schrumpfung im Bereich der Kohle. Während wir in einigen Ländern, insbesondere in Deutschland und China, ein radikales Wachstum bei den erneuerbaren Energien haben, passiert bei der Schrumpfung nichts. Wir haben den Megatrend klimafreundliche Technologien auf der einen und den Megatrend Kohleverstromung auf der anderen Seite. Das ist unser Problem.

Frage: Wie könnte man das Problem lösen?

Jaenicke: Der Megatrend Kohle kann nur mit massivem politischen Druck angegangen werden. Wir haben bei der Kohlegewinnung im vergangenen Jahr einen weltweiten Zuwachs um fast sieben Prozent gehabt. Rechnet man diese Wachstumsrate auf zwanzig Jahre hoch, ergibt das eine Vervierfachung. Das ist das Todesurteil für jede Klimapolitik. Deshalb müssen wir diesen Trend brechen.

Das gilt für China, das mit einem Anteil von 50 Prozent der größte Kohleproduzent der Welt ist und dazu noch 190 Millionen Tonnen importiert. Das gilt aber auch für Deutschland: Wir sind der größte Braunkohleproduzent der Welt und der größte Importeur von Steinkohle. Betrachtet man die Entwicklung seit 1998, haben wir bei den erneuerbaren Energien sehr viel geleistet und damit auch im Ausland großen Eindruck gemacht. Um die Kohle hat die deutsche Politik, auch die rot-grüne, jedoch einen großen Bogen gemacht. Das muss sich ändern.

Frage: Welche konkreten Maßnahmen müssen wir in Deutschland jetzt angehen?

Jaenicke: Wir haben bei der Kohleverstromung fast keine Veränderung. Sie hat im vergangenen Jahr sogar zugenommen. Hier brauchen wir kein Nullwachstum, sondern eine massive Schrumpfung. Durch politische Aktionen wurden ca. 18 Kohlekraftwerke verhindert. Genau das brauchen wir.

Prof. Niko Paech, Lehrstuhl für Produktion und Umwelt, Universität Oldenburg

Frage: Viele reden von ‚Grünem Wachstum‘. Was soll daran falsch sein?

Paech: Es ist unmöglich, das Bruttoinlandsprodukt einer Volkswirtschaft zu steigern und die Ökosphäre zu entlasten. Das hat verschiedene Gründe. Dazu gehören die materiellen Rebound-Effekte, das heißt, der technische Fortschritt, der eine Basis für ‚Grünes Wachstum‘ bilden soll. Der hat so viele Nebeneffekte, dass über die Hintertür neue Probleme erzeugt werden. Es gibt aber auch finanzielle Rebound-Effekte. Mit ‚Grünem Wachstum‘ steigt das Einkommen einer Volkswirtschaft. Daraus folgt eine höhere Nachfrage. Man müsste die Einkommenszuwächse verschwinden lassen, um zu verhindern, dass die gestiegene Nachfrage zunichtemacht, was man erreicht hat. Jeder zusätzliche Euro ist ein Anspruch auf Materie. Das gilt auch für Menschen, die in der grünen Branche beschäftigt sind und jetzt zusätzliches Einkommen haben. Sie verhalten sich wie jeder andere Konsument in Europa: Sie geben ihr Geld aus, anstatt es zu vernichten. Deswegen ist es ein Paradox, von grünem Wachstum zu reden. Dennoch ist es wichtig, eine Energiewende vorzunehmen. Die Frage ist nur, welche Dosis das Gift macht. Wenn wir nach einer deutlichen

Einsparung den Einsatz neuer Technologien vornehmen, kann man auch in einer nicht wachsenden Wirtschaft die verbliebenen Energieverbräuche ökologisch erträglich befriedigen.

Frage: Was bedeutet Postwachstumsökonomie?

Paech: Unter Postwachstumsökonomie versteht man sich ergänzende Versorgungssysteme, die von der Industrie bis zur Selbstversorgung reichen, mit der Eigenschaft, dass das BIP einer Volkswirtschaft nicht nur nicht mehr wächst, sondern sogar zwischenzeitlich schrumpft. In einer Postwachstumsökonomie würden wir vor allem die Industrie zurückbauen, um mehr Regional- und Lokalökonomie zu haben. Wir haben lange Wertschöpfungsketten, also eine globalisierte Arbeitsteilung, die radikal zurückgebaut wird. Dafür gibt es mehr regional wirtschaftende Unternehmen, die anderes Geld verwenden, z.B. Regionalwährungen. Im dritten Bereich wird gar kein Geld angewandt. Hier übernehmen wir über Reparieren, Gemeinschaftsnutzung und eigenes Produzieren einen Teil der Versorgung, die vormals von Industrien erledigt wurde. In so einer Welt würden wir nur noch 20 Stunden arbeiten. Das Einkommen würde dadurch ergänzt, dass wir die freigestellten 20 Stunden nehmen, um selbst zu produzieren. Wenn sich zwei Leute ein Auto oder eine Digitalkamera teilen, kann

die Produktion der Autos und Digitalkameras glatt halbiert werden.

Frage: Wer weniger produziert, kann weniger verteilen. Wem soll etwas weggenommen werden?

Paech: Wenn wir es mit Klimaschutz ernst meinen, müssen wir die Pro-Kopf-Emissionen auf 2,7 Tonnen CO₂ im Jahr reduzieren. Damit stellt sich automatisch die Verteilungsfrage. Die kann im 21. Jahrhundert nicht mehr auf Basis von Einkommen und Vermögen beantwortet werden, sondern aufgrund der Inanspruchnahme ökologischer Kapazitäten. Diejenigen, die über 2,7 Tonnen CO₂ liegen, müssen reduzieren. Das andere ist, die Verteilungsfrage über die Umverteilung der Erwerbsarbeitszeit zu regeln. Wenn wir in einer Welt lebten, in der die Industrie kleiner wird, muss die Arbeitszeit, die gebraucht wird, fair verteilt werden. In so einer 20-Stunden-Arbeitszeit-Welt würden wir gerechter leben, weil die Verteilung des Wohlstands auch von dem abhängt, was wir in den freien 20 Stunden tun. Wenn jeder seinen Wohlstand aus zwei Quellen aufbaut, ist dieser zweite Bereich der, der uns gleicher werden lässt. Für den Übergang brauchen wir eine Vermögenssteuer, um die Ungleichheit durch das Abschmelzen hoher Vermögen zu tilgen. Das erlaubt uns, neben mehr sozialer Gerechtigkeit die Verschuldungsprobleme des Fiskus zu lösen, ohne wachsen zu müssen.

Höchste Zeit für eine neue Pflegepolitik

Sonderweg der Staatsregierung ist eine Sackgasse

„Es ist Zeit, dass die Bürger den Druck auf die Politik erhöhen, um den Reformstau in der Pflegepolitik aufzulösen“, schrieb ein Wirtschaftsredakteur zum sogenannten Pflege-Neuausrichtungsgesetz des Bundes. Das ist eins zu eins auf Sachsen übertragbar.

Wir werden immer älter, Wahrscheinlichkeit und Zahl von Pflegebedürftigen steigen. Die Autoren der Studie „Alter-Rente-Grundsicherung“ haben dies eindrucksvoll vorgerechnet. Auftraggeber war jene sächsische Staatsregierung, die mit Überzeugung einem veralteten Pflegekonzept anhängt. Stationäre Pflege ist ihre Hauptantwort auf eine älter werdende Gesellschaft mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedürfnissen. Das im August 2012 in Kraft getretene Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz ist nur das vorerst letzte Kapitel dieses unglückseligen Sonderwegs.

Dabei ist bekannt, dass sich die meisten Menschen wünschen, auch bei Hilfebedarf zu Hause oder in der gewohnten Umgebung bleiben zu können. Angesichts heutiger Familienstrukturen ist die familiäre Pflege

jedoch oft unmöglich. Damit fällt eine Säule des Teilkaskosystems Pflegeversicherung, die unentgeltlich geleistete Pflegearbeit durch Angehörige, weg.

Wer in der Politik nicht die Augen vor dieser Entwicklung verschließt, weiß, dass als logische Folge der vorpflegerische und ambulante Bereich gestärkt werden muss. Die Entscheidung der Staatsregierung, auf die Einrichtung von unabhängigen Pflegestützpunkten, finanziert durch den Bund, zu verzichten und auf ein virtuelles Pflegenetz zu setzen, ist absolut unverständlich.

Ein weiteres Problem betrifft die Beschäftigung im Pflegebereich. Die Arbeit wird schlecht bezahlt, die Arbeitszeiten sind lang und die Bedingungen unbefriedigend und auszehrend. Wenn pflegebedürftige Menschen nicht nur verwahrt werden sollen, muss die Zukunft anders aussehen.

Wir brauchen eine unabhängige wohnortnahe Beratung, Quartierskonzepte mit Angeboten im vorpflegerischen und ambulanten Bereich sowie Unterstützung für pflegende Menschen, wie Pflege- oder

Alltagsbegleitung. Stationäre Wohnformen, die Teilhabe am Leben ermöglichen, müssen entwickelt und gefördert werden, was nicht zuletzt eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal voraussetzt.

Dafür tragen Land und Kommunen die Verantwortung. Sachsen muss verbindliche Pflegeziele benennen und die Rahmenbedingungen zur Umsetzung schaffen. Leider ist das Interesse daran gleich Null. Seit 2004 existiert nicht einmal mehr ein Landespflegegesetz, das für die Kommunen einen rechtlichen Rahmen bieten könnte.

Wir fordern, dass die 2009 von Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention auch in Sachsen umgesetzt wird, damit die Wünsche der Menschen nach Individualität und Normalität bei Pflegebedarf, ernst genommen werden.

Weitere Informationen

Studie „Alter-Rente-Grundsicherung“

gruene-fraktion-sachsen.de/eb11bee2.l

Umsteigen bitte!

Wie könnte eine erfolgreiche Förderung des Radverkehrs aussehen? Sächsische Radkonferenz der GRÜNEN-Fraktion gibt erste Antworten

Warum fahren immer mehr Menschen in Deutschland Rad? Wie kann Sachsen diesen Trend fördern? Welche Beispiele gibt es? Diesen Fragen ging die GRÜNE-Fraktion auf ihrer ersten sächsischen Radkonferenz Ende Oktober nach. Rund 70 Gäste kamen dafür in den Sächsischen Landtag.

Nach den Erfahrungen des ADFC geht es den meisten Radfahrenden nicht vorrangig um ökologisches Vorbildverhalten, sondern individuelle und bezahlbare Mobilität sowie einen Ausgleich des Bewegungsmangels. Vor diesem Hintergrund erläuterte ein Vertreter der Stadtverwaltung Chemnitz, wie die Industriestadt mit ihrer im Schnitt relativ alten Bevölkerung den Radverkehr konsequent fördern und seinen Anteil am Alltagsverkehr erhöhen will. Dass der Trend zum Fahrrad auch dafür genutzt werden sollte, die Menschen aus Rücksicht auf die Umwelt bei kurzen Wegen zum Umstieg aufs Rad oder den Öffentlichen Verkehr zu animieren, zeigte Rosa Rausch (Agentur fair-verkehr) mit der Kampagne „Kopf an, Motor

aus“, die bereits in einem knappen Dutzend Städten gelaufen ist.

Doch in Sachsen ist die Regierung noch nicht so weit. Vor der Veranstaltung hatte die GRÜNE-Fraktion mit einer Großen Anfrage erfragt, welchen Stellenwert das Radfahren im Freistaat hat. Das Ergebnis ist ernüchternd. Nicht einmal zehn Prozent der Staatsstraßen und nur ein Viertel der Bundesstraßen haben Radwege. In Bayern gibt es an knapp der Hälfte aller Bundes- und Staatsstraßen Radwege. Das bleiben in Sachsen Wunschträume, da die Pro-Kopf-Investitionen für den Radverkehr von 2,69 Euro (2009) auf 2,30 Euro (2011) gesunken sind. Dabei lohnt der Ausbau schon allein mit Blick auf die Unfallzahlen. Das Risiko, hierzulande tödlich mit dem Rad zu verunglücken, ist dreimal höher als in Rheinland-Pfalz, einem an Fläche und Bevölkerungszahl vergleichbaren Bundesland. Neben Radwegen fehlen in Sachsen Verkehrskontrollen, Sicherheitskonzepte und Tempolimits.

So war auch die Kernbotschaft der Konferenz: Alle Kampagnen sind nutzlos, wenn

es keine sicheren und guten Bedingungen für Radfahrer gibt. Dabei ist die Infrastruktur vergleichsweise preiswert. Beispiele lieferten Referenten aus Frankfurt/Main und Münster, die Vorteile von strategischem Radverkehrsmarketing und die steigende Nutzung von Bike&Ride-Fahrradstationen mit allem Service fürs Rad vorstellten. Begeisterung weckte auch die Planung von Radschnelltrassen in Nordrhein-Westfalen zur Verbindung von Ballungsräumen. Welche Erfolge man mit durchdachten Fahrradkonzepten haben kann, zeigen die Niederlande. Noch in den 70er Jahren drohte der Autounfall, jetzt ist nirgendwo die Dichte von Radlern und Radwegen höher. Pro Einwohner und Jahr investiert das Land übrigens 30 Euro in den Radverkehr.

Weitere Informationen

Konferenz:

gruene-fraktion-sachsen.de/e1285775.l
Große Anfrage „Radverkehr in Sachsen“ (Drs. 5/9769):

gruene-fraktion-sachsen.de/ad232523.l
Hintergrundpapier:

gruene-fraktion-sachsen.de/94244a6e.l

Alle Jahre wieder ...

Der 13. Februar und die juristische Irrfahrt der Staatsanwaltschaft Dresden

„Alle Jahre wieder?“, mag sich so manche(r) angesichts des näher rückenden 13. Februar 2013 fragen. Droht die x-te Wiederholung eines Naziaufmarschs durch Dresden anlässlich des Jahrestags der Bombardierung, gefolgt von Chemnitz, Plauen und weiteren Städten? Wird die Verunglimpfung von Gegendemonstranten und Platzbesetzern, die das stille Gedenken nicht als einzig korrekte Verhaltensform akzeptieren wollen, wieder im Mittelpunkt der politischen Diskussion, der Berichterstattung, der polizeilichen Einsatzstrategie und Strafverfolgung stehen? Die Aufgabe des strikten Trennungsgebots im Februar 2012, als nicht mehr ganze Stadtteile zu gegenprotestfreien Zonen erklärt wurden, war der erste richtige Schritt. Indes dauert die Strafverfolgung der friedlichen Platzbesetzer vom Februar 2011 weiter an.

Von 339 wegen Straßenbesetzung am 19. Februar 2011 eingeleiteten Ermitt-



lungsverfahren wurden bisher drei Fälle entschieden. Es gab einen Freispruch und zwei Verurteilungen durch das Amtsgericht Dresden. Zu Berufungsverfahren kam es aufgrund der Geringfügigkeit der Strafen nicht. 153 Verfahren wurden eingestellt, knapp 45 Prozent. Tendenz steigend. Nachdem noch im Oktober 2011 die Staatsschutzabteilung der Staatsanwaltschaft Dresden aufgestockt wurde, scheint das Gericht die Prozesse nun vom Tisch haben zu wollen. Insgesamt waren nach den Demonstrationen im Februar 2011 über 1.000 Verfahren eingeleitet worden. In zehn Fällen kam es zu Verurteilungen wegen „Angriffen auf die Polizei“. Zu hoffen bleibt, dass sich die Protestler von den staatlichen Drohgebärden nicht einschüchtern lassen und sich den Nazis 2013 erneut entgegen stellen.

Pokern um Brüssels Billionen:

Sachsen feilscht um EU-Förderung 2014–2020

Nicht nur in Sachsen wird derzeit ein neuer Haushalt verhandelt, auch auf europäischer Ebene ringen die Staatenlenker gerade um die optimale Geldverteilung. Sicher ist, Sachsen bekommt auch in der neuen EU-Förderperiode von 2014 bis 2020 Geld. Fraglich ist wie viel.

Die Staatsregierung schätzt die Summe auf 2,41 Milliarden Euro, versucht aber, rund 200 Millionen Euro nachzuverhandeln. Die Bundesregierung wiederum will maximal ein Prozent des Bruttonationaleinkommens in den EU-Haushalt einzahlen.

Während Chemnitz und Dresden als „Übergangsregionen“ mit rund zwei Milliarden Euro bei einem Fördersatz von 75 Prozent gut weg kommen, ist Leipzig aufgrund der Einstufung als „phasing out“-Region finanziell weniger gesegnet. Die Staatsregierung hofft derzeit noch, einen Zuschuss in Höhe von 350 Millionen Euro herauschlagen zu können. Wenn Leipzig mit 90,02 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als „stärker entwickelte Region“ eingeordnet wird, könnte der Fördersatz bei nur noch 50 Prozent liegen.

Falls EU-Kommission und Bundesregierung, um einen Präzedenzfall zu vermeiden, keine Ausnahme für Leipzig machen wollen,

muss aus Sicht der GRÜNEN-Fraktion das Land in seiner eigenen Förderpolitik spätestens ab 2015 ausgleichende Maßnahmen einplanen.

Trotz aller dieser Unwägbarkeiten arbeitet die Staatsregierung bereits an den Operationellen Programmen 2014 bis 2020. Eckdaten hat die Verwaltung schon Anfang Oktober präsentiert. Trotz einiger Änderungen soll weiterhin viel Geld für Straßenbau und technischen Hochwasserschutz ausgegeben werden. Dabei werden die Schwerpunkte der EU-Förderung ab 2014 andere sein: Erneuerbare Energien, Schiene, Breitband und Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Die Unstimmigkeiten sind sichtbar groß, die Beteiligung des Landtags an dieser Haushaltsdiskussion zu unserem Leidwesen nur marginal. Mit einem entsprechenden Antrag fordern wir dies gleichwohl ein.

Weitere Informationen

Antrag „Operationelle Programme 2014–2020“ (Drs. 5/10366):
gruene-fraktion-sachsen.de/2e21a05f1

Sachsen bleibt Neonazi-Hochburg

Große Anfrage der GRÜNEN-Fraktion

Die zweite Große Anfrage der GRÜNEN-Fraktion zum Rechtsextremismus zeigt, dass Sachsen noch immer eine Hochburg der Neonazi-Szene in Deutschland ist.

Während die NPD schwächelt, befindet sich die neo-nationalsozialistische Kameradschaftsszene im Aufwind. Sie tritt durch Aktionen wie die „Volkstodkampagne“ nach außen sichtbar auf. Auch nach innen funktioniert die Vernetzung zunehmend besser.

Mitgliederschwund und Mobilisierungsproblemen zum Trotz ist Sachsen auch weiter das wichtigste Bundesland für die NPD. Hier verfügt sie über eine Landtagsfraktion und den parteieigenen Verlag. Ihr Fraktionsvorsitzender im Landtag, Holger Apfel, ist zugleich der Bundesvorsitzende.

Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand: Die Krise der NPD ist keinesfalls gleichbedeutend mit einer Schwäche der extremen Rechten insgesamt. Für eine realistische Beurteilung der rechten Szene darf die NPD nicht allein im Fokus der Aufmerksamkeit stehen. Hier setzt die grüne Kritik am Landesamt für Verfassungsschutz an. Sowohl die Große Anfrage als auch der hauseigene Jahresbericht legen nahe, dass der Verfassungsschutz offenbar nicht in der Lage ist, lose Zusammenschlüsse zu beobachten. Da Staatsregierung und Innenminister aber nur das über die rechte Szene wissen, was ihnen der Verfassungsschutz zuarbeitet, geraten Kameradschaftsszene, Alltagsrassismus und Fremdenfeindlichkeit aus dem Blick.

Das bedeutet für die GRÜNE-Fraktion, die Regierung muss verstärkt auf die Expertise von Vereinen und Initiativen, die sich gegen Rechts einsetzen, zurückgreifen, um eine Gesamtschau der Naziaktivitäten in Sachsen zu erhalten. Voraussetzung wäre, dass die Engagierten vor Ort unterstützt und nicht durch staatliches Misstrauen, wie die Extremismusklausel, oder Budgetkürzungen in ihrer Arbeit behindert werden.

Weitere Informationen

Große Anfrage „Beobachtung rechtsextremistischer Bestrebungen und Organisationen im Freistaat Sachsen“ (Drs. 5/9712):

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/e1285775.1
Hintergrundpapier:

➔ gruene-fraktion-sachsen.de/9023af20.1

Termine

4. Januar 16 – 17.30 Uhr

Praxistest: Ganzjährig Fahrradfahren? Aber sicher!

Leipzig, Augustusplatz (Treffpunkt)

4. Januar 18.30 Uhr

Ganzjährig Fahrradfahren? Aber sicher!

Radkonferenz
Leipzig, Stadtbibliothek

14. Januar 18 Uhr

Blut muss fließen – Rechtsrock in Sachsen

Diskussion und Film
Leipzig, Kinobar Prager Frühling

14. Januar 21 Uhr

Blut muss fließen – Rechtsrock in Sachsen

Diskussion und Film
Leipzig, UT Connewitz

15. Januar 20 Uhr

Blut muss fließen – Rechtsrock in Sachsen

Diskussion und Film
Dresden, Schauburg

15. Januar 18 Uhr

Klimaschutz in Sachsen – wie weiter nach der Klimakonferenz Doha

Diskussion
Dresden, Sächsischer Landtag

16. Januar 20 Uhr

Blut muss fließen – Rechtsrock in Sachsen

Diskussion und Film
Bautzen, Steinhaus

17. Januar 20 Uhr

Blut muss fließen – Rechtsrock in Sachsen

Diskussion und Film
Chemnitz, Weltecho

18. Januar 19 Uhr

Blut muss fließen – Rechtsrock in Sachsen

Diskussion und Film
Wurzen, Netzwerk für Demokratische
Kultur, Domplatz 5

21. Januar 19 Uhr

Das Ende des billigen Öls – Peak Oil

Diskussion
Bautzen, Jugendherberge

22. Januar 19 Uhr

Gesundheits- und Lärmschutz am Flughafen Leipzig/Halle

Podiumsdiskussion
Leipzig, Alte Nikolaischule

Weitere aktuelle Veranstaltungen
sowie genaue Orts- und Programm-
angabe finden Sie unter:
gruene-fraktion-sachsen.de/termine

FRÖSCHEVERSTEHER: UMWELTSAUEREI DES MONATS

Rette sich, wer kann!

Grüne Postkartenaktion gegen geplante Hennenaufzuchtanlage in Pristäblich (Nordsachsen)

In Nordsachsen, zwischen Laußig und Pristäblich, plant der Geflügelzuchtbetrieb ALFRA eine Junghennenaufzuchtanlage mit 71.000 Plätzen. Die „Bürgerinitiative für eine lebenswerte Region“ wehrt sich gegen die neue Massentierhaltungsanlage, da sie nicht nur die Gesundheit der Anwohner, sondern das Image der ganzen Region bedroht.

Stinkender Hühnerkot sowie Reinigungswasser mit Desinfektionsmitteln sollen als Wirtschaftsdünger auf landwirtschaftliche Nutzflächen ausgebracht werden und gefährden so die Qualität von Grund- und Oberflächenwasser. Feinstäube, Gestank, Krankheitskeime und Biotoxine, die Atem-

wegserkrankungen verursachen, können über die Luft in die Wohngebiete getragen werden.

Als Gegenleistung für diese Risiken will der Zuchtbetrieb zwei neue Arbeitsplätze schaffen. Ein schlechter Deal, meint BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und unterstützt die Bürgerinitiative durch eine Postkartenaktion an den Landrat von Nordsachsen, Michael Czupalla (CDU). Er und seine Behörde sind für die Genehmigung der Massentierhaltungsanlagen in Nordsachsen verantwortlich, tun jedoch nichts, um die Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger zu verteidigen.

Publikationen



Bestellen

Die Broschüre sowie weitere Materialien können per E-Mail bestellt werden über:
publikationen@gruene-fraktion-sachsen.de

Impressum

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351 / 493 48 00
Telefax: 0351 / 493 48 09
E-Mail: gruene-fraktion@slt.sachsen.de

Redaktion: Anne Vetter (V.i.S.d.P.),
Grit Ebert